

Forderungen der Patiente Verriedung asbl an die kommende Regierung:

1. Patienteninformation durch eine neutrale und unabhängige Beratungsstelle und nicht wie im Gesetzesprojekt über Patientenrechte vorgesehen, durch eine dem Gesundheitsministerium untergeordnete Instanz;
2. Patienteninformation und Beratung innerhalb des Bereiches der sozialen Sicherheit durch einen zentralen Informationspunkt (Guichet unique);
3. Einrichten einer Beratungs- und Assistenzstelle innerhalb der Gesundheitskasse (CNS) welche den Patienten bei Zuwiderhandlungen, Fehlleistungen durch Leistungserbringer zur Seite steht;
4. Adaptation der Strukturen der Gesundheitskasse an die gängigen vorherrschenden technischen, wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Standards;
5. Aufstockung des Personals innerhalb der Beschwerde- und Appellationsinstanzen zwecks effektiver Handhabung der eingehenden Reklamationen (z.B. innerhalb des conseil arbitral, conseil supérieur);
6. Implementierung einer Schlichtungsstelle welche durch einen unabhängigen Expertenbeirat ergänzt wird (Einfügen dieser Stelle in das Gesetzesprojekt über die Patientenrechte);
7. Einfügen des Bereiches der Geriatrie (Pflegeversicherung, assurance dépendance) innerhalb des Gesetzesprojektes über die Patientenrechte ;
8. Erstellen von Normen und Qualitätskriterien im Bereich der Transporte durch Ambulanz-Taxis ;
9. Adäquate medizinische Versorgung für alle Patienten, unabhängig von ihrer jeweiligen finanziellen Situation;
10. Erstellen von Normen bezüglich der Ausstattung der Ein-und Zweibettzimmer;
11. Schaffung zusätzlicher Kompetenzzentren mit gleichzeitiger Einführung des Einbettzimmers als Standard (Abschaffen der Zimmerkategorien 1. und 2. Klasse);
12. Abschaffen des Zusatztarifes für Zimmer 1. Klasse (Zuschlag von 66%);
13. Abschaffen der Sonderhonorare bei sogenannten persönlichen Ansprüchen (CP);
14. Abschaffen der freien Tariffierung und Implementierung aller medizinischen sowie zahnmedizinischen Akte in die vorherrschende Gebührenordnung (nomenclature) und Gewährleistung der integralen Kostenübernahme;
15. Einführen des Zeittarifes bei medizinischen Konsultationen;

16. Keine Mehrwertsteuer (TVA) - Erhöhung auf den Medikamenten;
17. Gewährleistung von Transparenz in Bezug auf ausgeführte medizinische Dienstleistungen, Transparenz in Bezug auf Resultate sowie in Bezug auf Qualität der durchgeführten Dienstleistungen anhand regelmässiger Publikation von Statistiken, differenziert nach medizinischer Spezialisierung durch alle Leistungserbringer;
18. Schaffen einer Qualitäts-Kontrollkommission im Hinblick auf die durchgeführten Dienstleistungen im medizinischen Bereich sowie innerhalb der Pflegeversicherung;
19. Miteinbezug der Patientenerfahrungen und des feedback der Patienten im Hinblick auf die Organisation der medizinischen Dienstleistungen;
20. Entwicklung und Erweiterung der Präventiv-Medizin sowie der Programme zur Früherkennung bestimmter Krankheiten;
21. Anerkennung und Reglementierung der alternativen medizinischen Versorgungsmethoden (z.B. Osteopathie) (Gebührenordnung, entsprechende Einrichtungen);
22. Anerkennung und Reglementierung der Umweltmedizin (Gebührenordnung, entsprechende Einrichtungen);
23. Implementierung einer nationalen Klinik für Umweltmedizin ;
24. Verbesserung der Betreuung psychisch sowie psychosomatisch kranker Menschen (besonderes Augenmerk auf die Verbesserung der bestehenden Infrastrukturen, Qualitätskontrolle der geleisteten medizinischen Interventionen in diesem Bereich);
25. Verstärktes Augenmerk auf bestimmte Abhängigkeitserkrankungen: z.B. Alkoholabhängigkeit, Medikamentenabhängigkeit, Spiel"sucht" usw. sowie verstärkte Unterstützung der Vereinigungen welche in diesen Bereichen tätig sind;
26. Reorganisation der Notaufnahmen um eine adäquate und schnelle Versorgung gewährleisten zu können;
27. Verstärkung der Präsenz der "maisons médicales" (nationale territoriale Ausweitung);
28. Koordination der nationalen medizinischen Angebote sowie Verstärkung der grenzüberschreitenden Kooperation;